

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gruppe BUNT im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden des
Verkehrsausschusses
Herrn BM Andreas Wolter

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 30.08.2018

AN/1173/2018

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Verkehrsausschuss	11.09.2018

Programm „Gut und sicher zur Schule,,

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT bitten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.09.2018 zu setzen:

Beschluss:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, ein stadtweites Maßnahmenprogramm „Gut und sicher zur Schule“ aufzulegen. In zwei Schwerpunkten soll die Erstellung einer gesamtstädtischen Prioritätenliste mit Maßnahmen zur Schulwegsicherheit und Förderung der Verkehrswende betrieben werden:
 - Schaffung einer besonders geschützten Infrastruktur auf Schulwegen. Schulwegpläne sollen partizipativ aus der Perspektive der Kinder entwickelt bzw. überarbeitet und bauliche Verbesserungen vorgenommen werden.
 - Sicherer und attraktiver Ausbau der Radfahrinfrastruktur der Schulwege (Bspw. Fahrradstraßen, Tempo 30-Zonen, Radfahrwege, gegenläufige Öffnung von Einbahnstraßen, Fahrradabstellanlagen).
- 2) Das Programm soll über eine Dauer von fünf Jahren mit 1 Mio. Euro pro Stadtbezirk ausgestattet werden (Gesamt: 9 Mio. Euro für 2019-2024). Die Verwaltung wird die zur Umsetzung erforderlichen personellen Ressourcen ermitteln und den zuständigen Fachausschüssen schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorlegen. Dabei soll die Verwaltung auch aufzeigen, wie die Aufgabe innerhalb der Verwaltung wahrgenommen wird.

- 3) Die Erstellung der Prioritätenliste ist von den verkehrslenkenden Dienststellen in enger Abstimmung mit den Bezirksvertretungen vorzunehmen. Die Umsetzung der zu beschließenden Prioritätenliste ist kooperativ zwischen Verkehrsausschuss, Bezirksvertretungen, Schulen, Elternvertretungen, Schüler*innen, der Polizei und der KVB durchzuführen. Die Kompetenzen und Erfahrungen der Fachgruppe Schulwegsicherheit des Zukunftsnetzes Mobilität NRW sind in das Programm einzubinden.

Begründung:

Die Sicherheit von Kindern auf ihren täglichen Wegen von und zu den Schulen ist ein zentrales Anliegen städtischer Verkehrspolitik. Hier ist ein besonderes Engagement aller Beteiligten gefragt, das sich nicht auf einzelne Aktionen zu Beginn eines Schuljahres beschränken darf. Gefragt sind vielmehr Maßnahmen, die in einander greifen und geeignet sind, den Weg unserer Kinder zur Schule und wieder zurück sicher zu gestalten. Dabei sind die jeweilige Situation vor Ort, die Verkehrsdichte, die Art der Verkehrsmittel und auch unterschiedliche jahreszeitliche Bedingungen zu berücksichtigen. Ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Schulwegsicherung ist dabei der Austausch und die Zusammenarbeit der Verwaltung mit den örtlichen Bezirksvertretungen, Schulen und Polizei.

Vor diesem Hintergrund soll die Verwaltung mit den relevanten Dienststellen gemeinsam mit den Akteuren – Bezirksvertretungen, Schulen und Elternvertretungen, Polizei und KVB – die jeweilige Situation vor Ort analysieren und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit entwickeln.

Bei der Konzeption von Maßnahmen soll das Spektrum der Möglichkeiten, Schulwege sicherer zu gestalten, breit ausgeschöpft werden. Neben verkehrsregelnden und baulichen Maßnahmen – dies können zusätzliche Markierungen, Bodenschwellen oder auch Verbesserungen z.B. der Beleuchtung sein - sollen beispielsweise auch die Entwicklung und Fortschreibung von Schulwegplänen, der Einsatz von Schulwegdienst (Schülerlotsen und Schulweghelfer) sowie, wie in der Vergangenheit bereits praktiziert, die Durchführung entsprechender Kampagnen zur Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmenden für das Thema vorangebracht werden. Vielfach können auch einfache Maßnahmen, die sich schnell und kostengünstig realisieren lassen, bereits eine deutliche Verbesserung der Situation erzielen. Auch konsequente Geschwindigkeitskontrollen tragen regelmäßig zur Erhöhung der Schulwegsicherheit bei.

Maßnahmen zur Schulwegsicherung sollen dabei alle Verkehrsarten einschließlich des Schulbusverkehrs berücksichtigen.

Gute und sichere Schulwege eröffnen Kindern – ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln – die Möglichkeit, eigenständig mobil zu sein. Maßnahmen zur Schulwegsicherung tragen damit wesentlich dazu bei, den „Elterntaxi-Verkehr“ zu reduzieren. Kinder, die eigenständig und sicher am Straßenverkehr teilnehmen, erfahren die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten eigener Mobilität und können ein bewusstes Mobilitätsverhalten entwickeln. Hierin ist auch ein nicht zu vernachlässigender Baustein zur Förderung der Verkehrswende

zu sehen.

Eine Beratung und Beschlussfassung der im jeweiligen Stadtbezirk sinnvollen Maßnahmen könnte dabei analog der Umsetzung des Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramms erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher Ratsgruppe BUNT